

Deutschland-Trossingen: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 175/2023 12/09/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Trossingen
Postanschrift: Schultheiß-Koch-Platz 1
Ort: Trossingen
NUTS-Code: DE135 Rottweil
Postleitzahl: 78647
Land: Deutschland
E-Mail: sandra.kurz@trossingen.de
Telefon: +49 7425/25-600
Fax: +49 7425/25-159
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.trossingen.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Erweiterungsbau mit Sanierung des historischen Rathauses in Trossingen

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Vergabe von Leistungen für die Objektplanung nach HOAI 2021 Teil 3 Abschnitt 1, § 34
Leistungsbild
Architektenleistungen, Leistungsphasen 1 - 9 für den Erweiterungsbau mit Sanierung des
historischen Rathauses in Trossingen.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 0,01 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE137 Tuttlingen

Hauptort der Ausführung: Schultheiß-Koch Platz 1, 78647 Trossingen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

1. Gegenstand und Ziel des Verfahrens:

Vergabe von Leistungen für die Objektplanung nach HOAI 2021, Teil 3 Abschnitt 1, § 34 Leistungsbild Architektenleistungen, Leistungsphasen 1 - 9 für den Erweiterungsbau mit Sanierung des historischen Rathauses in Trossingen.

Das Rathaus in Trossingen besteht aus 2 Gebäudeteilen, dem historischen Altbau, der denkmalgeschützt ist, aus dem Jahr 1904, sowie dem Erweiterungsbau aus dem Jahr 1980. Das historische Rathaus wurde 1904 gebaut und ist das Herzstück der Verwaltung. Einerseits ist die Stadt seit 1980 deutlich gewachsen, andererseits wuchsen auch die Aufgaben, so dass quantitativ zu wenige Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Qualitativ ist das Rathaus im Altbau nicht barrierefrei und hält den baulichen Anforderungen an Datenschutz und Diskretion nicht mehr Stand.

Durch den Zuwachs an Einwohnern und Dienstleistungen ist eine Erweiterung der Verwaltung notwendig. Der Anbau aus dem Jahr 1980 soll rückgebaut werden. An dieser Stelle soll ein neuer Erweiterungsbau mit ca. 75 Arbeitsplätzen, sowie Sitzungssaal, Besprechungs- und Sozialräume (Programmfläche ca. 2.800 m²) entstehen, der, zusammen mit den ca. 37 Arbeitsplätzen im Altbau, alle notwendigen Arbeitsplätze für eine zukunftsfähige Verwaltung beinhaltet.

2. Verfahrensablauf:

Das VgV-Verfahren gliedert sich in 2 Stufen: In der 1. Stufe werden Architekturbüros anhand der im Teilnahmeantrag aufgeführten Auswahlkriterien zur Teilnahme an den Verhandlungsgesprächen ausgewählt. In der 2. Stufe ist ein Planungsteil ein Zuschlagskriterium innerhalb der Verhandlungsgespräche. Den in der 1. Phase ausgewählten Bietern werden gegen Vorlage einer Teilnahmebestätigung die Aufgabenstellung mit den relevanten Unterlagen über die Vergabeplattform zugänglich gemacht. Das Gestaltungskonzept ist durch den Bieter in einer Präsentation im Verhandlungsgespräch vorzustellen. Die Qualität des Gestaltungsvorschlags des Bieters ist ein Kriterium innerhalb der Zuschlagskriterien, die bei der Entscheidung zur Auftragsvergabe herangezogen werden. Die Zuschlagskriterien mit deren Gewichtung sind in der Auftragsbekanntmachung als Anlage beigelegt. Die Beurteilung des Gestaltungsvorschlags erfolgt wie die Beurteilung der übrigen Zuschlagskriterien durch das Auftragsgremium. Zur Beurteilung des Lösungsvorschlags werden mindestens zwei Fachpreisrichter*innen (Architekt*innen) mit der Qualifikation der Teilnehmer hinzugezogen. Die Teilnehmer erhalten für die Ausarbeitung des Gestaltungsvorschlages ein Bearbeitungshonorar. Die Wettbewerbssumme wurde nach RPW ermittelt. Ein Bearbeitungshonorar von 42.000 EUR zuzüglich der zum Zeitpunkt der Abrechnung gültigen Umsatzsteuer wird gleichmäßig auf die Bieter aufgeteilt. Voraussetzungen für die Vergütung sind die fristgerechte Abgabe, Vollständigkeit der geforderten Leistungen und Wertbarkeit des Angebots.

3. Beauftragung:

Die Beauftragung erfolgt in Abhängigkeit der Projektgenehmigung durch den Gemeinderat der Stadt Trossingen im Rahmen von Abrufverträgen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet die Leistung bis einschließlich Leistungsphase 9 HOAI zu übernehmen, wenn das Vorhaben zur

Realisierung kommt. Der Auftraggeber beabsichtigt die Leistungen stufenweise- und abschnittsweise zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsstufen besteht nicht.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam / Bürovorstellung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Präsentation Referenzprojekt des Projektleiters / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Planungskonzept / Lösungsvorschlag / Gewichtung: 45

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck der Präsentation / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 20

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die 4 bis 6 Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zu den Verhandlungsgesprächen eingeladen. Bei punktgleichen Bewerbungen entscheidet gemäß § 75 Abs. 6 VgV das Los.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 041-121831](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Bezeichnung des Auftrags:

Erweiterungsbau mit Sanierung des historischen Rathauses in Trossingen

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

07/08/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 4

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 4

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 4

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: ARGE Kohlmayer Oberst Architekten GbR, Stuttgart mit Angerhofer Architektur, Ravensburg

Postanschrift: Johannesstr 75

Ort: Stuttgart

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postleitzahl: 70176

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 0,01 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Bieter erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Auftraggeber gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB), aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbare Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung bzw. zur Angebotsabgabe beim Auftraggeber gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 GWB) oder soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem nach Zuschlagserteilung unzulässig (§ 168 Abs. 2 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der

Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post, unabhängig davon, ob die Fristen gem. § 160 Abs. 3 GWB abgelaufen sind (§ 134 Abs. 2 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/09/2023